

Breakout. Let's take over.

American Empire als Wille und Vorstellung

*America has no empire to extend
or utopia to establish*

G. W. Bush, 2002.

1 Die neue Teilung

Die Rede, dass mit „9/11“ „alles anders geworden sei“, war keine Beobachtung. Es war eine Ankündigung – und so wurde *Nineeleven* zum „transformativen Moment“ (Jessica T. Mathews), der die Konzeptions- und Politikbildung in der amerikanischen politischen Klasse neu fokussierte und beschleunigte. Einen ersten Abschluß dieses Prozesses formulierte die am 17. September 2002 veröffentlichte „*National Security Strategy of the United States of America*“. Die *Washington Post* feierte sie als „eine brillante Synthese“ und für die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* galt sie als Dokument, das „von „weitreichender, vielleicht epochaler Bedeutung sein wird.“ [1] Der im Stil eines politischen Manifests gehaltene und weit über militärische Fragen hinausgehende Text fixierte wie kein anderes das machtpolitische Selbstverständnis und die daraus folgende *Grand Strategy* der gegenwärtigen amerikanischen Regierung, die dann im Projekt des neuen Irak-Krieges dramatisch exemplifiziert wurde.

Nach dem von George W. Bush gezeichneten Geleitwort hat der lange Kampf des letzten Jahrhunderts zwischen Freiheit und Totalitarismus mit einem „entscheidenden Sieg für die Kräfte der Freiheit“ geendet. Übrig geblieben ist „ein einziges haltbares Modell für nationalen Erfolg: Freiheit, Demokratie und freies Unternehmertum.“ In diesem Modell ist die Position der USA eindeutig: „Heute erfreuen sich die USA einer Position unvergleichlicher militärischer Macht und großen ökonomischen und politischen Einflusses.“ [2] Diese Einschätzung einer qualitativ neuen Disparität der Macht wird nicht nur in den USA breit geteilt [3]. Tony Judt beschrieb sie in der *New York Review of Books* als eine neue globale Ungleichheit: „Our world is divided in many ways: rich/poor; North/South; Western/non-Western. But more and more, the division that counts is the one separating America from everyone else.“ [4] Plötzlich befindet sich Europa in einer anderen Situation: „Welcome to the rest of the world“. [5]

Um diese Position des Abstandes zu allen anderen Mächten der Erde zu sichern, ist nach 1989 eine neue große global ansetzende Doktrin entwickelt, unter der zweiten Regierung Bush dann auch im innenpolitisch legitimierenden Windschatten des „Kampfes gegen den Terror“ schrittweise und hörbar expliziert und schließlich in der Form der Sicherheitsdirektive im Herbst 2002 offiziell worden. Die dafür verantwortliche Sicherheitsberaterin Rice verglich im April 2002 diese Entwicklung mit der Entstehung der Strategie der Eindämmung der Sowjetunion in der Phase nach dem zweiten Weltkrieg – und dies war nicht nur ein Fall cleverer Selbstvermarktung: „The international system has been in flux since the collapse of Soviet power. Now it is possible—indeed probable—that that transition is coming to an end. If that is right, then...this is a period not just of grave danger, but of enormous opportunity...a period akin to 1945 to 1947, when American leadership expanded the number of free and democratic states—Japan and Germany among the great powers—to create a new balance of power that favored freedom.“ [6] Ihr Ziel wird in Bush`s einleitenden Begleitschreiben zur NSS formuliert: „The United States will use this moment of opportunity to extend the benefits of freedom across the globe. We will actively work to bring the hope of democracy, development, free markets, and free trade to every corner of the world.“

2 Die alten Akteure

Unmittelbar getragen wurde dieser Prozess von einer Gruppe konzeptiver Ideologen und Militärpolitiker, die in den 80er Jahren unter Reagan ihren Aufstieg begann, sich in der ersten Regierung Bush eine Minderheitsposition in der Militärexekutive sichern konnte und schließlich auch mithilfe und im Bündnis mit der katholischen-religiösen Rechten und der klassischen, eher sozialkonservativen Mainstream-Rechten („compassionate conservatism“) in der zweiten Bush-Regierung und dann in der republikanischen Partei eine hegemoniale Mehrheitsposition erreichte. Im Laufe des Jahres 2002 bestimmte sie den außenpolitischen Diskurs der USA und gefiel sich zunehmend in der Rolle von Terminatoren des mittlerweile zerbrochenen internationalen Systems,

dessen zentralen Bestandteile die USA vor über einem halben Jahrhundert geschaffen hatte. Sie skizzierte die militärpolitischen Kernelemente der neuen großen Strategie, band sie in eine optimistische Sicht auf den Stand der US-Ökonomie ein^[7] und etablierte sich 2002 als Avantgarde der neuen parteiübergreifenden Kriegspartei. Es gelang ihr, den politisch-ideologischen Spielraum der traditionellen „realistisch-multilateralen“ und „liberal-imperialistischen“ Richtungen einzuschränken, zumal diese ihre grundsätzliche Zielsetzung teilten, jede Gefährdung der souveränen Stellung der USA bereits im Keim zu ersticken^[8]. Ihre Konzeption und Strategie ist radikal. Der dynamische politische Kern dieser Gruppe ist ein Bündnis aus reaganitisch geprägten Militärs und Neokonservativen. Zu ihr gehören als intellektueller Vorspieler Paul Wolfowitz (damals Under Secretary of Defense for Policy bei Cheney, heute Deputy Secretary of Defense bei Verteidigungsminister Donald Rumsfeld)^[9], der spätere US-Gesandte in Afghanistan Zalmay Khalilzad, Douglas Feith als Under Secretary of Defense for Policy, John R. Bolton als Under-Secretary for Arms Control and International Security im Aussenministerium und vor allem Richard Perle, der dem Defense Policy Board vorsteht^[10]. Geradezu eine Blaupause der neuen Politik stellt der im Jahr 2000 publizierte Report "Rebuilding America's Defense" des neokonservativ-reaganitischen "Project for the New American Century" dar, zu dessen Autoren neben Wolfowitz und Bolton auch u.a. gehörten: Eliot Cohen, der in der ersten Bush-Regierung im Planungsstab des DoD war und dann Mitglied in Rumsfeld's Dense Policy Board; I. Lewis Libby, der in der ersten Bush-Regierung unter Cheney Deputy Undersecretary of Defense for Policy und in der zweiten Bush-Regierung der Chief of Staff des Vizepräsidenten Cheney wurde; Dov Zakheim, der wichtigste „Haushälter“ (Comptroller) des DoD; Stephen Cambone, der in der ersten Bush-Regierung für die strategische Verteidigungspolitik zuständig war und in der zweiten Regierung Bush dann das Office of Program, Analysis and Evaluation des Pentagon leitete. Zu den Unterzeichnern der Gründungserklärung ("We aim to make the case and rally support for American global leadership") des 1997 im „reaganistischen Geist“ gegründeten „Project for the New American Century“ gehörten weiter Jeb Bush, William J. Bennett, Dick Cheney, Midge Decker, Steve Forbes, Francis Fukuyama, Fred C. Ikle, Donald Kagan, Zalmay Khalilzad, Norman Podhoretz, Dan Quayle, Stephen P. Rosen und Donald Rumsfeld. William Kristol war 2002 Vorsitzender des Projekts, Robert Kagan als einer seiner drei Direktoren gilt als einer der einflussreichsten Promotoren der publizistischen Rede vom „American Empire“ u.a. im von William Kristol herausgegebenen und von Rupert Murdoch verlegten neokonservativem Frontblatt „The Weekly Standard“.^[11]

3 Die altneue Strategie

Kontext

Die asymmetrischen Bedrohungen durch Terrornetzwerke erlaubten eine ungewöhnlich alarmistische Rhetorik der Intervention, die sich im Laufe des Jahres 2002 immer deutlicher ausbreitete. Weder Cheney noch Rice oder Bush hatten den Irak auf ihrer Agenda - aber Rumsfeld^[12] und vor allem Wolfowitz. Er sprang in die Themenlücke und vermochte wesentlich zur Fokussierung der Zielplanung der Bush-Administration beizutragen. Deren Rhetorik der Reaktion konzentrierte sich zunächst auf terroristische Gruppen, die von der US-Regierung in über 60 Staaten vermutet wurde. Weniger als eine Woche nach dem 11. September 2001 erklärte Wolfowitz, dass die USA „Staaten beseitigen würden, die den Terrorismus unterstützen“ („ending states“). Das am 30.9.2001 publizierte *Quadrennial Defensive Review* (QDR) formulierte bereits die Zielvarianten "changing the regime of an adversary state" und Besetzung von "foreign territory until U.S. strategic objectives are met."^[13] Im April 2002 nannte Bush den „Regimewechsel“ im Irak als militärisches Ziel - in den strategischen Dokumenten der 90er Jahre spielte eine solche neoimperiale Rede vom „regime change“ keine explizite Rolle. Zuvor bereits wurde von Bush in seiner Adresse an die Nation im Januar 2002 die Legitimität des Einsatzes militärischer Mittel gegen terroristische Organisationen auf Staaten („Achse des Bösen“^[14]) ausgeweitet, die mit Massenvernichtungswaffen die USA bedrohten, unabhängig von irgendwelcher Verbindung zu terroristischen Gruppen. Einst wurden despotische Regimes kritisiert, aber toleriert. Nun können sie nicht mehr akzeptiert und müssen beseitigt werden - überall auf der Welt. In seiner programmatischen Rede im Juni 2002 in West Point erklärte Bush, dass die bisherigen Doktrinen der Abschreckung (deterrence), Eindämmung (containment) und des Mächtiggleichgewichts (balance of power) nicht mehr ausreichten. Die Gedanken der Prävention und Intervention wurde hervorgehoben. Von nun an gelte: "we must take the battle to the enemy, disrupt his plans, and confront the worst threats before they emerge"^[15]. "Präemption", „Regimewechsel“ und „Entwaffnung“ wurden nun zu *buzz words* der Rhetorik der Bush-Administration. Die globale militärische Souveränität der USA gilt Bush als Schlüssel zur Rekonstruktion eines neuen internationalen Regimes: "America has, and intends to keep, military strengths beyond challenge — thereby making the destabilizing arms races of other eras pointless — and limiting rivalries to trade and other pursuits of peace."^[16]

Diese politische Fokussierung und konzeptionelle Ausarbeitung der Jahre 2001 und 2002 steht im Kontext einer Reihe weiterer Entwicklungen. Nach den Reduzierungen unter der ersten Clinton-Regierungen wurde das Rüstungsbudget seit 1998 wieder kontinuierlich vergrößert; mit dem Budget 2003 wurde dieser erste große „military build-up“ seit Anfang der 80er Jahre sprunghaft gesteigert. Multilaterale bzw. internationaler Vertragspolitiken wurden abgewertet und die Rüstungskontrollpolitik restringiert (C- und B-Waffen; Landminen; Internationaler Gerichtshof etc.). Der Aufbau von Raketenabwehrsystemen wurde neu forciert und die dazu passenden beschwörenden Theorien des „Victory is Possible“ renoviert^[17]. Die US-Militärplanung prononcierte Kriegsführung gegenüber Stabilitätssicherung. Ihr regionaler Focus wanderte deutlich in den asiatischen Raum, die Funktion des US-Militärs in Europa begann sich zu wandeln.

Diesen Veränderungen liegt eine bestimmte Interpretation der Weltlage zugrunde, die keineswegs erst als Reaktion auf *Nineleven* entstanden ist. Sie war bereits vorhanden, reicherte sich mit aktuellen Legitimationen an und wurde so hegemonialpolitisch durchsetzungsfähig. Lange vor dem Terrorangriff auf die zentralen Symbole des politischen-ökonomischen Macht der USA formulierte der im Jahr 2000 publizierte Report „Rebuilding America's Defense“ des neokonservativen „Project for the New American Century“ eine Beschreibung der neuen globalen Konstellation, die nach dem September 2001 zur hegemonialen Interpretationsfolie wurde. „Almost everything has changed“ – hieß es auch dort. Gemeint waren aber das Jahr 1989 und die folgende Dekade. Es gelte nun, die „strategische Pause“ unter Clinton zu beenden und die Konsequenzen aus der entstandenen Lage zu ziehen, die schon anfangs der 90er Jahre in einer Debatte der Zeitschrift *International Security* oder in den *Foreign Affairs* als der „unipolare Moment“ bezeichnet wurde^[18]. In dieser damaligen Debatte war die Einschätzung einer historischen und realpolitischen Begrenzung der neuen Dominanz der USA noch stark verbreitet. Derlei Defaitismus war aber nicht Sache des „Project for the New American Century“. Der „Report“ resümierte seine Lageeinschätzung: „Over the decade of the post-Cold-War period, however, almost everything has changed. The Cold War world was a bipolar world; the 21st century world is – for the moment, at least – decidedly unipolar, with America as the world's „sole superpower.“ America's strategic goal used to be containment of the Soviet Union; today the task is to preserve an international security environment conducive to American interests and ideals. The military's job during the Cold War was to deter Soviet expansionism. Today its task is to secure and expand the „zones of democratic peace;“ to deter the rise of a new greatpower competitor; defend key regions of Europe, East Asia and the Middle East; and to preserve American preeminence through the coming transformation of war made possible by new technologies. From 1945 to 1990, U.S. forces prepared themselves for a single, global war that might be fought across many theaters; in the new century, the prospect is for a variety of theater wars around the world, against separate and distinct adversaries pursuing separate and distinct goals. During the Cold War, the main venue of superpower rivalry, the strategic „center of gravity,“ was in Europe, where large U.S. and NATO conventional forces prepared to repulse a Soviet attack and over which nuclear war might begin; and with Europe now generally at peace, the new strategic center of concern appears to be shifting to East Asia.“^[19] Diese Sicht wurde noch in einer Tabelle zusammengefasst:

	Cold War	21st Century
Security system	Bipolar	Unipolar
Strategic goal	Contain Soviet Union	Preserve <i>Pax Americana</i>
Main military mission(s)	Deter Soviet expansionism	Secure and expand zones of democratic peace; deter rise of new great-power competitor; defend key regions; exploit transformation of war
Main military threat(s)	Potential global war across many theaters	Potential theater wars spread across globe
Focus of strategic competition	Europe	East Asia

Militärische Überlegenheit

Das übergreifende Ziel dieser Strategie ist nicht der Kampf gegen terroristische Gruppen oder Staaten, sondern der Erhalt und Ausbau der Ungleichheit zwischen America und dem Rest der Welt und die Vollendung der weltweiten Durchsetzung des amerikanisch dominierten Modells. Nur so kann zugleich gesichert werden, dass keine militärischen Angriffe mehr auf die USA („homeland“) gestartet werden können. Alle anderen politischen Zielsetzungen treten demgegenüber zurück.

Das erste Mittel zum Erreichen dieses Ziels ist die Sicherung konkurrenzloser militärische Überlegenheit. Intern erfordert dies den – natürlich über die Landesgrenzen hinausreichenden - Aufbau des eigenen Potentials. Extern geht es darum die Entstehung militärischer und politischer

Konkurrenz mit allen notwendigen Mitteln zu verhindern. Bereits im Februar 1992 formulierte der Entwurf des „Defense Planning Guide“ des Pentagon für 1994-1999: „Our first objective is to prevent the re-emergence of a new rival, either on the territory of the former Soviet Union or elsewhere, that poses a threat on the order of that posed formerly by the Soviet Union.“ Die USA, so hieß es in dem Dokument, "must maintain the mechanisms for deterring potential competitors from even aspiring to a larger regional or global role." [20] Die über ein Jahrzehnt später publizierte Sicherheitsdirektive unterstreicht diese Zielsetzung: "Our forces will be strong enough," heisst es in der NSS, "to dissuade potential adversaries from pursuing a military buildup in hopes of surpassing, or equaling, the power of the United States." [21] In einem Interview im *Public Broadcasting Network* formulierte C. Rice noch unmißverständlicher: "But if it comes to allowing another adversary to reach military parity with the US in the way that the Soviet Union did, no, the US does not intend to allow that to happen, because it happens, there will not be a balance of power that favours freedom" [22]. Die militärische Suprematie der USA soll daher eine so erdrückende Qualität erreichen, dass sie nicht herausgefordert werden kann. Damit entfallen Rüstungswettläufe und der gesamte Vorgang kann als Beitrag zur Sicherung des (amerikanischen) Friedens kommuniziert werden, wie dies George W. Bush im Juni 2002 in West Point auch tat: "America has, and intends to keep, military strengths beyond challenge, thereby, making the destabilizing arms races of other eras pointless, and limiting rivalries to trade and other pursuits of peace." Die sog. „bedrohungs-basierte“ militärische Planung wird folgerichtig durch einen „capabilities-approach“ abgelöst, wonach Rüstung und militärische Positionierung nach Maßgabe jeder vorstellbaren militärischen Aktion eines jeden vorstellbaren Gegners zu jeder vorstellbaren Zeit gestaltet werden sollte [23]. Insofern ist Abschreckung als Ziel und Medium der Politik weiterhin präsent. Aber die Ratio dieser Politik hat sich geändert: es geht um die Sicherung der einzigartig dominanten Position der USA. Ihre vordergründige Rechtfertigung ist die neuartige Bedrohung durch terroristische Akteure, die nicht abgeschreckt, sondern nur eliminiert werden können.

Präventivkriege

Das zweite Element dieser Politik ist die Doktrin der Präemption und vor allem: des Präventivkrieges. Das Mittel des Präventivkrieges war eine zuvor eher im Hintergrund gehaltene und selten artikulierte Option. Beispiele hierfür waren die Androhung des Einsatzes von Nuklearwaffen gegen Nordkorea oder die Begründungen der Cruise-Missile-Attacken auf Afghanistan oder den Sudan unter Clinton. Unter Bush wurden beide Optionen aufgewertet und die Differenz zwischen Präemption und Prävention zugunsten der Ausweitung des Gedankens der Prävention verwischt [24]. Plädoyers für eine solche Politik häuften sich nach *Nineeleven* massiv. Für ihren Tenor kann der Vortrag von Wolfowitz auf der 38. Münchner Konferenz zur Sicherheitspolitik am 2. Februar 2002 stehen: „Unser Ansatz muss sich auf Prävention und nicht nur auf Bestrafung konzentrieren. Wir befinden uns im Krieg. Selbstverteidigung erfordert Prävention und manchmal Präventivmaßnahmen. Man kann sich nicht gegen jede Bedrohung an jedem Ort zu jeder denkbaren Zeit verteidigen. Die einzige Verteidigung gegen den Terrorismus ist, den Krieg zum Feind zu bringen. (...) Wie Präsident Bush eindeutig klargestellt hat, weiß jetzt jede Nation, dass wir Staaten nicht akzeptieren können und werden, die die Agenten des Terrors finanzieren, ausbilden oder ausrüsten. Sie sind gewarnt worden; sie werden beobachtet, und sie werden zur Rechenschaft gezogen.“ Auch Rumsfeld erklärte kurz und bündig in einem PBS-Interview zwei Tage später: "And the only effective way to defend is to take the battle to where the terrorists are So preemption with military force is now an operative idea." In seiner Rede in West Point hob Bush diese Veränderung klar hervor. Die klassische Politik versage in der Situation des Terrors: „For much of the last century, America`s defense relied on the Cold War doctrines of deterrence and containment. In some cases, those strategies still apply. But new threats also require new thinking. Deterrence - the promise of massive retaliation against nations - means nothing against shadowy terrorist networks with no nation or citizens to defend. Containment is not possible when unbalanced dictators with weapons of mass destruction can deliver those weapons on missiles or secretly provide them to terrorist allies.“ Präventivkriegshandlungen werden nun explizit und extensiv zugelassen. Sie gelten als zulässig, wenn es um Militärschläge gegen terroristische Gruppen, diese unterstützende Staaten sowie gegen Staaten geht, die entweder bereits im Besitz von Massenvernichtungswaffen seien, dabei sind, solche zu erlangen oder gar nur danach streben: "Wir müssen", heisst es in der NSS, „den Begriff des ‚unmittelbaren Drohens‘ anpassen an Fähigkeiten und Ziele unserer heutigen Gegner.“

Mit der Abkoppelung von wirklichen Handlungen eines Feindes wird der Notwehrgedanke aufgegeben. Was zuvor als letzte Ausnahme galt, wird nun normalisiert. Die hohe Informations- und Entscheidungsunsicherheit und damit Destabilisierungsgefahr, die für eine Politik der Prävention charakteristisch ist, wird in diesem Diskurs nicht mehr thematisiert. Mit der Legitimationsverschiebung auf Staaten, die Terroristen unterstützen, wurde die Doktrin zugleich anschlussfähig an die traditionell auf Feindstaaten fokussierte Militärpolitik. Letztlich wurde der

Rubikon zu einem globalen Souveränitätsanspruch überschritten: Die USA habe das singuläre Recht auf Intervention überall auf der Welt - vorbeugende („preemptive“, „anticipatory“ „anti-access-denial“) militärische Aktion eingeschlossen: „...our best defense is a good offense“[25]. Die im Januar 2002 formulierte Nuclear Posture Review erlaubt einen präventiven Einsatz von Nuklearwaffen auch gegen Staaten („rogue states“), die keine Nuklearwaffen besitzen sondern im Verdacht stehen, die Entwicklung oder den Besitz solcher Waffen auch nur anzustreben. Mit einer wenig beachteten Erklärung des stellvertretenden Staatsministers für Rüstungskontrolle John Bolton vom 21. Februar 2002 beendete die Bush-Regierung eine alte Zusicherung der USA, Staaten mit Atomwaffen nur anzugreifen, wenn diese selbst Atomwaffen besitzen oder sich in einem Bündnis mit einer Atomwaffenmacht befinden. Unterstrichen wurde dies durch eine Neuaktzentuierung der Entwicklung bunkerbrechender, tief in die Erde eindringender Nuklearwaffen[26]. Hinzu kommen zahlreiche neue Kriegstechnologien, die eine solche Option machbar erscheinen lassen. Mittlerweile sind dabei Legitimationen für Präventivschläge ins Spiel gebrachten worden, die mit „Terror“ oder „Massenvernichtungswaffen“ nichts mehr zu tun haben[27].

Globale Souveränität

Die Strategie des Präventivkrieges (Präemption), die als Erweiterung der Paradigmen der Abschreckung und Eindämmung verstanden wird, steht für eine neue Dynamik des „hegemonialen Völkerrechtsnihilismus“ (Norman Paech) der gegenwärtigen US-Administration und ist das dritte Element der *neuen grand strategy*. Sie verstößt gegen den NATO-Pakt und die Regelungen der UNO. Die Erosion des völkerrechtlichen Potentials zur Einhegung der Kriege setzte sich damit dramatisch fort, nachdem in den letzten Jahren bereits zahlreiche Ausnahmestatbestände eingeführt wurden: die Prävention humanitärer Katastrophen (Jugoslawien), der Schutz vor Terrorismus (Afghanistan), oder gar die Sicherung lebenswichtiger Ressourcen (NATO-Strategie 1999). Eine Bindung an internationale Allianzen und insbesondere an die UNO wurde als Einengung der Handlungsfreiheit der USA abgelehnt: „The U.S. would be "postured to act independently when collective action cannot be orchestrated.“[28] Der sich artikulierende Anspruch auf globale Souveränität schließt ein die Abwertung internationaler Einbindungen durch multilaterale Verträge, internationale Institutionen und Bündnisse, die möglichst weitgehende Durchsetzung amerikanischen Rechts im internationalen Maßstab und eine Art us-amerikanischer Breschnew-Strategie der „begrenzten Souveränität“. Wer gegen Unbekanntes kämpft, muss auf alles vorbereitet sein. Wer sich befähigt, gegen alles vorzugehen, kann auf Grenzen keine Rücksicht nehmen – gleichgültig, an welchem Ort des Globus. Wo es „kein Außen mehr gibt“ – so ein zentraler Gedanke der „Empire“-Studie von M. Hardt und A. Negri – wird die Unterscheidung zwischen Innen- und Außenpolitik hinfällig. Das klassische Regime der US-amerikanischen Hegemoniesicherung war darauf aus, nur die außenpolitischen Beziehungen der Staaten direkt zu kontrollieren und ansonsten fast ausnahmslos[29] auf die indirekten Medien der „Wohltätigkeit“ und soft culture zu bauen. In der neuen Zeit des Inklusion weitete sich das Feld des direkten Eingriffes grundsätzlich aus. Die Zeit der Kontextsteuerung ist vorbei. Der Director of Policy Planning des Außenministeriums Richard Haass hat dies ungewöhnlich klar formuliert: „What you're seeing from this Administration is the emergence of a new principle or body of ideas—I'm not sure it constitutes a doctrine—about what you might call the limits of sovereignty. Sovereignty entails obligations. One is not to massacre your own people. Another is not to support terrorism in any way. If a government fails to meet these obligations, then it forfeits some of the normal advantages of sovereignty, including the right to be left alone inside your own territory. Other governments, including the United States, gain the right to intervene. In the case of terrorism, this can even lead to a right of preventive, or preemptory, self-defense. You essentially can act in anticipation if you have grounds to think it's a question of when, and not if, you're going to be attacked.“[30] Die militär- und sicherheitspolitische Handlungsfreiheit der USA wurde – auch unter Anrufung der oft religiös eingefärbten Ideologie des us-amerikanischen Exzeptionalismus[31] – massiv akzentuiert. Die Destabilisierung internationaler Sicherheitsregimes wird nicht nur in Kauf genommen, sondern aktiv betrieben. Regelungen einer multilateralen Rüstungskontrolle wurden geschwächt: der ABM-Vertrag wurde im Dezember 2001 aufgekündigt, eine Stärkung des Biowaffen-Abkommens auf der 5. Überprüfungs-konferenz Ende 2001 scheiterte am Widerstand der USA[32]. Der Gedanke der globalen Souveränität meint, dass die USA international Regeln (z.B. über Allianzen und Blockbildungen) setzen, den Krisenfall („Notstand“) bestimmen und die Unterscheidung zwischen Freund und Feind wie die damit verknüpfte Entscheidung über den Einsatz von Gewalt treffen. Die Fähigkeit zum Gewalteinsatz überall in der Welt liegt allein bei den USA.

Der Direktor des neokonservativen Olin Institute for Strategic Studies an der Harvard University Stephen Peter Rose, der im DoD und dem Nationalen Sicherheitsrat der USA sowie im Naval War College arbeitet und auch Gründungsmitglied des Project for a New American Century war, hat

Mitte 2002 die zugrundeliegenden Annahmen dieser neuen militärischen Weltansicht zusammengefasst: „The United States has no rival. We are militarily dominant around the world. Our military spending exceeds that of the next six or seven powers combined, and we have a monopoly on many advanced and not so advanced military technologies. We, and only we, form and lead military coalitions into war. We use our military dominance to intervene in the internal affairs of other countries, because the local inhabitants are killing each other, or harboring enemies of the United States, or developing nuclear and biological weapons. A political unit that has overwhelming superiority in military power, and uses that power to influence the internal behavior of other states, is called an empire. Because the United States does not seek to control territory or govern the overseas citizens of the empire, we are an indirect empire, to be sure, but an empire nonetheless. If this is correct, our goal is not combating a rival, but maintaining our imperial position, and maintaining imperial order. Planning for imperial wars is different from planning for conventional international wars. In dealing with the Soviet Union, war had to be avoided: small wars could not be allowed to escalate, or to divert us from the core task of defending Europe and Japan. As a result, military power was applied incrementally. Imperial wars to restore order are not so constrained. The maximum amount of force can and should be used as quickly as possible for psychological impact—to demonstrate that the empire cannot be challenged with impunity. During the Cold War, we did not try very hard to bring down communist governments. Now we are in the business of bringing down hostile governments and creating governments favorable to us. Conventional international wars end and troops are brought back home. Imperial wars end, but imperial garrisons must be left in place for decades to ensure order and stability. This is, in fact, what we are beginning to see, first in the Balkans and now in Central Asia. In addition to advanced-technology weaponry, an imperial position requires a large but lightly armed ground force for garrison purposes and as reassurance for allies who want American forces on their soil as symbols of our commitment to their defense. Finally, imperial strategy focuses on preventing the emergence of powerful, hostile challengers to the empire: by war if necessary, but by imperial assimilation if possible.”[33]

4 Empire

Der „neue Unilateralismus“ (C.Krauthammer) der USA wird seit gut anderthalb Jahren begleitet von einer politischen und politikwissenschaftlichen Grammatik, die mit dem Begriff des „American Empire“ operiert.[34] Vom *Empire* sprachen Kissinger („Amerika am Höhepunkt: Imperium oder Anführer?“)[35] ebenso wie der liberale Dissident Gore Vidal („The last Empire“), der Literat Tom Wolfe (das heutige Amerika sei jetzt „the mightiest power on earth, as omnipotent as... Rome under Julius Caesar“), der Demokrat Nye[36] oder die Neokonservativen Dinesh D`Souza[37] und Charles Krauthammer: „Es ist eine Tatsache, daß seit dem Römischen Reich kein Land kulturell, ökonomisch, technologisch und militärisch so dominierend gewesen ist wie die USA heute.“[38] Amerika sei ein 'Imperium im Entstehen' („an empire in formation“), sagte Charles Fairbanks von der John Hopkins University. Die bis dato ausführlichste Darlegung aus dem Empire-Lager stammt von Robert Kaplan, der vorschlägt, daß die führenden Politiker der USA sich mit den antiken Chronisten beschäftigen sollten: denn historisch habe sich kaum etwas geändert: also warum nicht vom Zweiten Punischen Krieg lernen, oder von Kaiser Tiberius? [39]

Seit Max Boot vom *Wall Street Journal* im Herbst 2001 in einem Aufsatz, 'The Case for an American Empire'[40], die militärische Besetzung von Afghanistan und Irak mit der stabilisierenden Wirkung begründete, welche die Britische Herrschaft im 19. Jahrhundert in dieser Region hatte, breitet sich die Empire-Idee schnell aus. Nye diagnostizierte gar die „USA im Griff einer heiklen Metapher.“[41] Ihre Anhänger findet sie keineswegs nur im publizistischen und wissenschaftlichen Lager der Neokonservativen. Während die neokonservativen Diskurse die Rede vom *American Empire* als politisch-rechtliche Konsequenz einer neuen militärisch-politischen Selbststärkung der ökonomisch wie kulturell uneinholbar dem Rest der Welt davongezogenen USA interpretieren, sehen eher resistente Linke in der Debatte den Ausdruck einer „Hegemonie im Abschwung“ oder gar einer posthegemonialen Situation. Auf jeden Fall hat der Begriff auf eine neue Weise Legitimität in der medialen, politischen und wissenschaftlichen Öffentlichkeit erhalten und kann auf lange Sicht hin eine Schlüsselrolle sogar jenseits der clandestinen Subtexte der offiziellen Selbstbeschreibungen der USA spielen. Ihre dezisionistische Moralsemantik („Either you stand with civilization and good (us), or with barbarism and evil (them)“) sichert mediale Effizienz und populäre Resonanz. Sie knüpft an einen immer mehr oder weniger präsenten Bezug auf das eigene Herkunftsland – das britische Empire – und an die eigene Kolonialgeschichte an. Die Empire-Idee fördert zwar auch recht krasse Wünsche an den Tag: noch vor *Nineeven* publizierte James Kurth vom Swarthmore College in der neokonservativen Theoriezeitschrift *The National Interest* einen Artikel, dessen Überschrift „The Next NATO“ untertitelt war: „Building an American Commonwealth of Nations“. Globalisierung, so Kurth, meine nichts anderes als die Globalisierung des „American way“ und eine buchstäbliche Expansion der USA[42].

wordsmiths. Energy Secretary Spencer Abraham is a Kristol acolyte from the Quayle days, while drug control policy chief John Walters worked under Kristol at the Education Department. Jay Lefkowitz, the new director of Bush's Domestic Policy Council, was Kristol's lawyer. Other Kristol pals include NSC Senior Director Elliott Abrams, Cheney Chief of Staff I. Lewis "Scooter" Libby, Deputy Defense Secretary Paul Wolfowitz, Undersecretary of State John Bolton and Leon Kass, the head of Bush's bioethics panel. The tentacles reach into the kitchen cabinet, too: Al Hubbard, a close Bush friend, was Kristol's deputy on the Quayle staff. Charakteristisch für dieses Netzwerk ist die starke Präsenz bekannter Autoren in einigen nationalen Medien wie dem *Wall Street Journal*, der *Washington Times*, dem *National Review*, der *New York Post* und der *New Republic*, die Unterstützung durch eine Reihe großer Thinktanks (Hoover, Heritage, AEI, Hudson Institute) oder Stiftungen (Scaife, Olin), s. *The Guardian* v. 19.8.2002

[12] "CBS said notes taken by military aides, who were with Rumsfeld when the attacks occurred, read "best info fast. judge whether good enough to hit S.H." - meaning Saddam Hussein - even though intelligence reports all pointed toward Osama bin Laden as being behind the attacks. "At same time, not only UBL [bin Laden]," the notes quoted Rumsfeld as saying: "Go massive. Sweep it all up. Things related and not," CBS reported." ???

[13] *QDR-01*, S. 13.

[14] Der Begriff soll auf Bush's Redenschreiber David Frum zurückgehen, der Autor des *Weekly Standard* war und der neokonservativen Gruppe zugerechnet wird. Bush erklärte: "...(W)e will shut down terrorist camps, disrupt terrorist plans, and bring terrorists to justice. And...we must prevent the terrorists and regimes who seek chemical, biological, or nuclear weapons from threatening the United States and the worldYet time is not on our side. I will not wait on events while dangers gather. I will not stand by as peril draws closer and closer. The United States of America will not permit the world's most dangerous regimes to threaten us with the world's most destructive weapons." (State of the Union Address, 29.1.2002.)

[15] West-Point Rede Mitte 2002, zit. nach Nicholas Lemann: The War on What? In: *The New Yorker* v.16.9.02. Die Formulierung Bush's: "to be ready for preemptive action when necessary".

[16] Zit. nach Michael Lind: Is America the New Empire? In: *The Globalist* 19.6.2002. Vgl. auch *NYT* v. 22.9.2002

[17] So damals im Kontext der SDI-Debatte und Auseinandersetzung um die Stationierung von Mittelstreckenraketen der Titel des vielbeachteten Aufsatzes von Colin S. Gray und Keith B. Payne in *Foreign Policy* 39 (1980) S.14ff.; siehe nun Colin S. Gray: Defining and Achieving Decisive Victory, Strategic Studies Institute US Army War College, Carlisle April 2002.

[18] C. Layne, The Unipolar Illusion: Why New Great Powers Will Rise, in: *International Security*, Frühjahr 1993; Charles Krauthammer: The Unipolar Moment, in: *Foreign Affairs* Nr. 70 (1990-91); John G. Ikenberry: American Grand Strategy in the Age of Terror. In: *Survival* 4/ 2001-02, S. 19-34; Steve E. Miller: The End of Unilateralism or Unilateralism Redux? In: *The Washington Quarterly*, 1/ 2002, S. 15-29; Joseph S. Nye: Tests: Between Concert and Unilateralism. In: *The National Interest* Winter 2001/02, S. 5-13.

[19] S.2f.; Robert Kagan, William Kristol: The Bush Doctrine Unfolds, in: *Weekly Standard* v. 4.3.2002

[20] D. Cheney war damals Verteidigungsminister. Der Entwurf trug die Handschrift von Wolfowitz und Libby. Nachdem er bekannt wurde, zogen ihn die Verfasser zurück. Der Report "Rebuilding America's Defense" des neokonservativen "Project for the New American Century" aus 2000 knüpfte explizit an diesen Entwurf an (S.II). S. Michael T. Klare: Endless Military Superiority, in: *The Nation* v. 15.7.2002, Nicholas Lemann: The Next World Order, in: *The New Yorker* v.1.4.2002 und Frances FitzGerald: George Bush & the World, in: *The New York Review of Books* v. 26.9.2002.

[21] NSS, S.30. Der Satz "The President has no intention of allowing any foreign power to catch up with the huge lead the U.S. has opened up since the fall of the Soviet Union" stand in der am 20.9.2002 vormittags verteilten Version, am Nachmittag war er entfernt worden, s. das Press-Briefing des Pressesprechers Fleischer. <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2002/09/20020920-2.html>. Etwas roher formuliert von neokonservativer Seite bei Ben Wattenberg: die Aufgabe sei es "to guard against the emergence of hostile regional superpowers, for example, Iraq or China. America is No. 1. We stand for something decent and important. That's good for us and good for the world. That's the way we want to keep it." *Washington Times* v. 12.4.2002

[22] *The Times of India* v. 26.9.2002.

[23] S. Michael T. Klare: Endless Military Superiority, in: *The Nation* v. 15.7.2002. Minister Rumsfeld am 31.1.2002: "against the unknown, the uncertain, the unseen, and the unexpected". Oder andernorts und - in den Worten von Ikenberry - nicht ohne Eleganz: "There are things we know that we know. There are known unknowns. That is to say, there are things we know we don't know. But there are also unknown unknowns. There are things we don't know...Each year, we discover a few more of those unknown unknowns." Hier geht es allerdings nicht nur um Terror: "the absence of evidence is not evidence of absence of weapons of mass destruction." Zit. nach G. J. Ikenberry, America's Imperial Ambition, in: *Foreign Affairs* 5 /2002 S.50f. Die daraus sich ergebende Selbstbezüglichkeit des politischen Handelns, die sich nur ein Empire leisten kann, steht für einen bemerkenswert autistischen Politiktypus. Dennoch ist er politikpraktisch keineswegs diffus. "One would like to think that this new consensus...reflects a recognition that the United States cannot afford to allow a hostile power to dominate Europe or Asia or the Persian Gulf", Paul Wolfowitz: Remembering the Future, in: *The National Interest* 59 (2000). Anthony Lake, Clinton's erster National Sicherheitsberater, erklärte "The successor to a doctrine of containment must be a strategy of enlargement - enlargement of the world's free community of market democracies.", From Containment to Enlargement, School of Advanced International Studies, John Hopkins University, Washington 21.9.1993. Zit. nach der ausgezeichneten Studie von Peter Gowan: The American Campaign for Global Sovereignty, in: *Socialist Register* 2003, London 2002, S.9.

[24] Der frühere Außenminister Shultz plädierte für eine „hot preemption“, in: *Hoover Digest* 3/2002.

[25] NSS, S.6. "We must deter and defend against the threat before it is unleashed" (NSS, S.14). "America will act against such emerging threats before they are fully formed." (Geleitwort Bush zum NSS, S.2). S.a. Richard Perle im *Daily Telegraph* v.9.8.2002 und Michael J. Glennon, Preempting Terrorism: The case for anticipatory self-defense, in: *Weekly Standard* v. 28.1.2002.

[26] Die Ausweitung der Zielliste auf „Schurkenstaaten“ geschah freilich bereits unter Clinton, S. Walter Pincus: U.S. Nuclear Arms Stance Modified by Policy Study, in: *WP* v. 23.3. 2002, A14; Thomas E. Ricks, Vernon Loeb: Bush Developing Military Policy of Striking First, in: *WP* 10. 6. 2002, A1; Anatol Lieven: The End of the West? In: *Prospect* 78 (2002)

[27] Richard Perle etwa äußerte sich Mitte Oktober 2001 in *PBS-Frontline* zu Saddam Hussein: "He is probably the most dangerous individual in the world today...The question of Saddam Hussein is at the very core of the war against terrorism. There can be no victory in the war against terrorism if, at the end of it, Saddam Hussein is still in power -- not only because he supports terrorism, not only because he trains terrorists and gives them refuge -- but because he is the symbol of defiance of all Western values. He is winning. Because he is winning, and because he has awesome capabilities, he poses a continuing threat to us and to others."

[28] *NYT* v. 22.9.2002. S.a. Robert Kagan, Multilateralism, American Style, in: *WP* v. 13.9.2002: "To most American multilateralists the U.N. Security Council is not the final authority. It's like a blue-ribbon commission. If it makes the right recommendation, it strengthens your case. If not, you can always ignore it." Von Bolton ist der Satz überliefert: "There is no such thing as the United Nations," und: "There is an international community that can be led by the only real power left in the world, and that is the United States, when it suits our interests and when we can get others to go along." Zit. nach Frances FitzGerald: George Bush & the World, in: *The New York Review of Books* v. 26.9.2002

[29] Die Ausnahmen sind das Finanzsystem und die militärisch relevante Hochtechnik.

[30] Zit. nach Nicholas Lemann: The Next World Order, in: *The New Yorker* v.1.4.2002. Dahinter steht ebenfalls, dass ein "intelligenter Unilateralismus" der USA beansprucht, unter militärischen Aspekten in die Innenpolitik anderer Länder zu intervenieren, s. Anne Appelbaum: The New World Order, *Hoover Digest* 3/2002: "....What we need is not arrogant unilateralism, in other words, but intelligent unilateralism...Over time, I predict we will ourselves be interested not only in other people's nuclear programs but in their immigration and asylum policies; in their police forces; and above all in their education systems."

[31] "The twentieth century ended with a single surviving model of human progress," formulierte Bush in seiner Rede in West Point in Worten, die später in der NSS aufgenommen wurden, "based on non-negotiable demands of human dignity, the rule of law, limits on the power of the state, respect for women and private

property and free speech and equal justice and religious tolerance." Zit. nach Michael Hirsh: Bush and the World, in: Foreign Affairs September / October 2002. Die Referenz auf religiöse Auserwähltheit ist bei Bush gängig, s. z.B. "This nation is chosen by God and commissioned by history to be a model to the world of justice and inclusion and diversity without division", George W. Bush: Remarks at the Simon Wiesenthal Centre, (2000) "And we firmly believe our nation is on the right side of history - the side of man's dignity and God's justice". George W. Bush: "A Distinctly American Internationalism", (1999), www.georgebush.com//speeches/

[32] Peter Rudolf: Wie der 11. September die amerikanische Außenpolitik verändert hat. Bilanz nach einem Jahr swp-aktuell 33, September 2002

[33] Stephen Peter Rosen: The Future of War and the American Military, in: Harvard Magazine 5/2002.

[34] S. zum folgenden vor allem die Website von H. J. Krysmanski zum Thema „Neue Weltordnung“ (2002) sowie Jürgen Wagner, Das ewige Imperium, Hamburg 2002; Philip S. Golub: Das Imperium Americanum als historisches Konzept, in: *Le monde diplomatique* September 2002; Emily Eakin: „It takes an empire“, say several U.S. thinkers, in: *NYT* v.2.4.2002; Thomas E. Ricks Empire or Not? A Quiet Debate Over U.S. Role, in: *WP* v. 21.8.2001, S. A01; Tom Hayden: It's Empire Versus Democracy, *Alternet.org* v. 27.9.2002; Thomas Bray: Is America beginning to create an empire? *The Detroit News* v. 23.1.2002; Franz Schurmann: Travelers, Workers, Believers in the American Empire Directions, *NCM Online*, 22.8.2002: "A lot of big changes are going on in America. The biggest is a shift from democracy to empire."

[35] H. Kissinger: Does America Need a Foreign Policy? New York 2001. Kissinger lehnte das Imperiumskonzept ab. Schließlich seien die USA weit besser positioniert als das alte Rom oder das britische Empire.

[36] Der ehemalige Rektor der Kennedy School of Government an der Harvard University Dye, der in der Clinton-Regierung Staatssekretär im Pentagon war, beginnt sein neuestes Buch mit dem Satz: "Seit Rom gab es keine Nation, die so hoch über den anderen Nationen stand." Joseph S. Nye jr.: "The Paradox of American Power", New York 2002, S. 1.

[37] Dinesh D'Souza: In praise of American empire, in: *The Christian Science Monitor* v. 26.4.2002 "Americans must finally recognize that the US has become an empire."

[38] Zitiert nach Jonathan Freedland: Rome, AD ... Rome, DC? In: *The Guardian* v. 18.9.2002

[39] Warrior Politics: Why Leadership Demands a Pagan Ethos ('Eine Politik für Krieger: Warum Führung ein heidnisches Ethos braucht') Random House 2001; s. a. Andrew J. Bacevich: American Empire, in: *Süddeutsche Zeitung* v. 30.7.2002 sowie ders., American Empire, Harvard 2002; Peter Bender, Das Amerikanische und das Römische Imperium. Ein Vergleich, in: *Merkur* 9/10 (2000) S. 890-900.

[40] *S. Weekly Standard* v. 15. Oktober 2001

[41] *Süddeutsche Zeitung* v. 26.09.2002.

[42] "In reality, what is at stake ... is not just American interests or American ideals. It is American identity, in particular the reinvention of American identity by American political, business, and cultural elites to make it fit the new era of globalization. While America is by far the strongest power and the largest economy on the globe, these elites think that it no longer suffices for America to be located only on the North American continent and to be composed only of American citizens; that definition of America is obsolete....It is not yet possible for America to be located equally on every continent and to be equally of every people on the globe; that definition of America is premature. The definition of America that best fits the contemporary era ... is one that includes Europe, the continent that is most advanced along the American way, as part of the new and expanded American identity. When American business elites define America as the free market and the open society, and American cultural elites define America as liberal democracy and the rule of law, then they are drawn to define Europe as being, in all important respects, America." In: *The National Interest* 65 (2001)

[43] Jonathan Freedland: Rome, AD ... Rome, DC? *The Guardian* v. 18.9.2002

[44] Robert Kagan, "The Benevolent Empire", in: *Foreign Policy*, Sommer 1998.

[45] Max Boot: Savage Wars of Peace, in: *Hoover Digest* 3/2002